

BRAUNKOHLININDUSTRIE I

Leitplanken für eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik

Die Bundesregierung will den Strukturwandel in den von der Energiewende besonders betroffenen Regionen aktiv unterstützen und hat dazu die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingesetzt. Erwartet werden Vorschläge, um Zielverfehlungen beim Klimaschutz zu vermeiden, ein Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohlenverstromung in Deutschland sowie die Entwicklung der dazu notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen.

Die deutsche Braunkohlenindustrie hat die Mitglieder der Kommission darauf hingewiesen, dass Industrie und Energiewirtschaft in Deutschland und insbesondere die Braunkohle seit 1990 bereits einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der deutschen CO₂-Einsparungen geleistet haben. Wenn zusätzliche und über die auf EU-Ebene bereits bestehenden Verpflichtungen hinaus weitergehende nationale Ziele und Maßnahmen angestrebt werden, darf dies nicht einseitig auf dem Rücken der Braunkohle als einzigem heimischen wettbewerbsfähigen Energieträger erfolgen. Dies gelte umso mehr, da aufgrund des europäischen Emissionshandels bis mindestens 2021 jeder nationale Eingriff in den Kraftwerkspark klimapolitisch wirkungslos bleibt. Alle deutschen Kohlenreviere haben bereits schmerzhaft Strukturbrüche erfahren: durch die industrielle Abwicklung in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung und durch den Niedergang und das Auslaufen des Steinkohlenbergbaus in Westdeutschland.

Die Bundesregierung steht mit ihrer ambitionierten Energie- und Klimapolitik in der Pflicht und Verantwortung, weitere disruptive Einschnitte in die Wirtschafts- und Lebenspläne der betroffenen Menschen und Regionen zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund sollten folgende Leitplanken Beachtung finden:

Robuste Bestandsaufnahme und Folgenabschätzung

Zur Einhaltung des energiepolitischen Zieledreiecks von Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz bedarf es einer vollständigen und transparenten Bestandsaufnahme zur Versorgungssicherheit im Sektor Stromerzeugung nach Auslaufen der Kernenergie im Jahre 2022. Die deutsche Energiewirtschaft geht davon aus, dass die Leistung aus konventionellen Kraftwerken schon in wenigen Jahren die

Jahreshöchstlast von 82 Gigawatt (GW) nicht mehr decken können und die gesicherte Leistung aus Windstrom und Photovoltaikanlagen zunächst weiterhin bei nahe Null liegen wird. Ein Ausgleich durch den Strom-Binnenmarkt ist nur marginal möglich, da in den Nachbarländern, mit denen ein Stromaustausch erfolgt, ähnliche Witterungs- und Verbrauchsbedingungen herrschen wie in Deutschland oder die Versorgungssituation noch angespannter ist.

Das 2010 von der Bundesregierung verabschiedete Energiekonzept ist für die Abschätzung der zukünftigen Energie- und Klimapolitik nicht mehr tauglich. Dies gilt auch in Bezug auf die für das Jahr 2020 festgelegten Klimaziele. Die deutsche Energie- und Klimapolitik geht derzeit von einer Reihe falscher Prämissen aus:

- Der 2011 beschlossene Kernenergieausstieg wird weder hinsichtlich der Versorgungssicherheit noch mit Blick auf die Entwicklung der CO₂-Emissionen berücksichtigt.
- Das Wirtschaftswachstum ist deutlich höher als 2010 prognostiziert und wirkt sich steigend auf den Energie- und Ressourcenverbrauch aus.
- Die Bevölkerungsentwicklung hat durch die Migration eine andere Entwicklung genommen als geplant und schließlich
- bewegen sich die Energiepreise auf einem deutlich geringeren Niveau als geschätzt.

Diese zumeist 2010 noch nicht erkennbaren Fakten müssen spätestens jetzt zum Ausgangspunkt der weiteren Diskussion gemacht werden, um die Erfordernisse an eine sichere und klimaschonende Stromversorgung bis mindestens 2030 abzuschätzen. Eine weitere wichtige Kenngröße ist der Netzausbau. Ohne zureichende Netzkapazitäten ist weder eine sichere Stromversorgung noch ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien möglich.

Mehr Wertschätzung für den Wertschöpfungsstandort Deutschland

Eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung ist ein Grundpfeiler für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Eine robuste Untersuchung und Abschätzung der künftigen Energiepreise sind unerlässlich. Die kostengünstige Stromerzeugung aus Braunkohle ist und bleibt ein

wichtiger Baustein der industriellen Wertschöpfungskette in Deutschland. Als heimische Ressource unterliegt die Braunkohle keinen geostrategischen Risiken. Der technisch-wirtschaftlich enge sowie rechtlich umfassend abgesicherte Verbund Kraftwerk-Tagebau sichert eine verlässliche und wirtschaftliche Stromerzeugung, die nicht durch logistische, meteorologische oder andere Faktoren limitiert wird. Strom aus Braunkohle und industrielle Standortqualität bilden eine enge Allianz, solange energieintensive Prozesse in Deutschland heimisch sind. Würde die Stromerzeugung aus Braunkohle durch Erdgas auf Importbasis ersetzt, ergäben sich am Strommarkt deutlich höhere Risiken und Preise – insbesondere, wenn ab 2023 kostengünstiger Strom aus Kernkraftwerken aus dem Markt ausgeschieden ist.

Regionen haben Anspruch auf Perspektiven

Der Einsetzungsbeschluss der Bundesregierung für die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ fordert eine konkrete Perspektive für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen. Die Zukunft der betroffenen Menschen und die Entwicklung der Regionen muss Leitlinie für alle Entscheidungen der Kommission sein. Es geht darum, Investitionen zu mobilisieren, um vor Ort Arbeit, Einkommen und Wohlstand zu sichern.

Neben finanzieller Unterstützung müssen konkrete organisatorische und strukturpolitische Handlungsfelder sowie ein Zeitplan für die Umsetzung definiert werden. Fördermittel und Absichtserklärungen allein schaffen noch keinen Strukturwandel. Es geht um gut bezahlte, sozialversicherungspflichtige und tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze für die Regionen und ihre Menschen.

Der Ausstieg aus den bestehenden Strukturen und der Einstieg in neue Geschäftsfelder müssen im Gleichschritt erfolgen. Alle bisherigen Strukturwandelprozesse in Deutschland haben stets länger gedauert und mehr Ressourcen beansprucht als ursprünglich angenommen. Den Unternehmen und Regionen muss ausreichend Zeit gegeben werden, um den Wandel wirtschafts- und sozialverträglich bewältigen zu können.

Das Risiko des Dominoeffektes

Braunkohlenkraftwerke und Braunkohlentagebaue arbeiten in einem Verbundsystem: Die Energieressource Braunkohle wird in Tagebauen gewonnen und anschließend im räumlichen Verbund in Kraftwerken zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt sowie in geringerem Umfang in Anlagen zu Braunkohlenstaub oder Braunkohlenbriketts sowie weiteren Produkten veredelt. Die Braunkohlenkraftwerke sind technisch auf die unterschiedlichen natürlichen Eigenschaften der Braunkohle in den jeweiligen Revieren ausgelegt. Es gibt weder einen deutschlandweiten noch einen internationalen Markt für Braunkohle im Sinne einer handelbaren Commodity.

Ohne die Brennstoffversorgung durch einen nahe gelegenen Tagebau kann ein Braunkohlenkraftwerk nicht betrieben werden. Umgekehrt kann auch ein Braunkohlentagebau ohne ein in der Nähe befindliches Braunkohlenkraftwerk nicht dauerhaft wirtschaftlich existieren. Jeder Eingriff in einen Bereich dieses komplexen Verbundsystems hat erhebliche und gegebenenfalls existenzbedrohende Auswirkungen auf den anderen Teil des Systems.

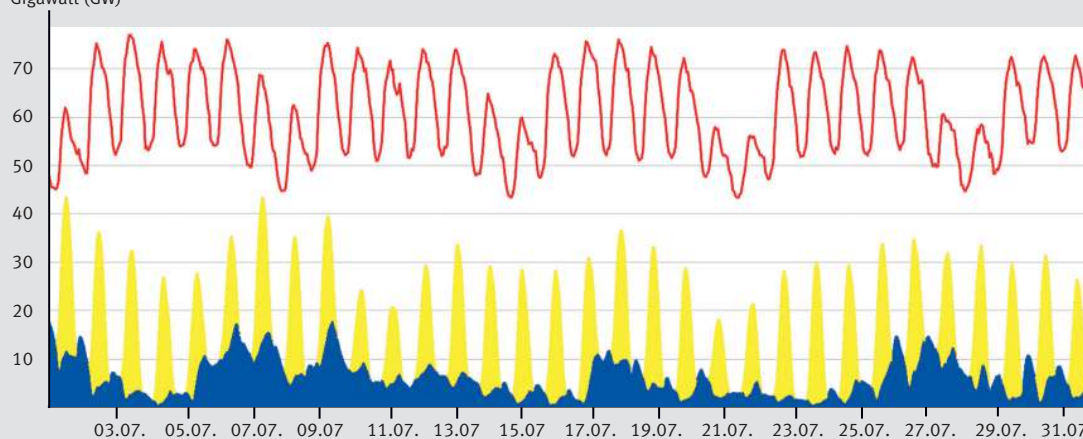
1

Volatile Stromversorgung aus Sonne und Wind

Stromerzeugung aus PV- und Windstromanlagen im Juli 2018. Quelle: Agorameter

— Stromverbrauch/Lastentwicklung ● Wind onshore und offshore ● Photovoltaik

Gigawatt (GW)



Strom aus PV- und Windenergieanlagen sind durch charakteristische Einspeisezeiträume gekennzeichnet. PV-Anlagen speisen kurzzeitig zur Mittagszeit hohe Leistungen ins Netz ein. Die Stromeinspeisung aus Windenergieanlagen unterliegt großen Schwankungen in Abhängigkeit zum Windangebot. Im zurückliegenden Sommer lag die gesicherte Leistung der Windenergieanlagen in Deutschland in vielen Stunden unterhalb von einem Prozent der installierten Leistung.

2

Wird ein Kraftwerk vorzeitig stillgelegt, wird die entsprechende Kohlenmenge nicht mehr benötigt und auch der damit verbundene Tagebau ganz oder teilweise von der Stilllegung bedroht. Dieser „Dominoeffekt“ greift tief in die Ertragslage des bergbautreibenden und stromerzeugenden Unternehmens ein und bedroht eine große Anzahl von Arbeitsplätzen. Eine Reduzierung der Kohlenförderung würde dazu führen, dass geplante und genehmigte Tagebauendstände nicht erreicht werden. Langwierige Änderungen von Braunkohlenplänen und Betriebsplänen würden erforderlich. Die im Rahmen des kontinuierlichen Betriebs geplante Wiedernutzbarmachung wäre in Frage gestellt. Service- und Zulieferer-Unternehmen und damit ganze Wirtschaftsregionen bekämen weniger Aufträge, seit Jahrzehnten etablierte Wertschöpfungsketten gieren in Gefahr.

Vertrauensschutz und Revierpläne respektieren

Für die Braunkohlenreviere haben die Bundesländer kohlenpolitische Leitentscheidungen, langfristige Braunkohlenpläne und Rahmenbetriebspläne genehmigt. Diese Entscheidungen erlauben die Nutzung definierter Kohlenvorräte. Auf dieser Grundlage planen und entwickeln sich Unternehmen, Städte und Gemeinden sowie ganze Regionen. Die genehmigten Revierpläne und die darauf beruhenden Zulassungen zur Kohlegewinnung sind daher aus Verantwortung gegenüber den Betroffenen zu beachten und der bestehende Vertrauensschutz sollte nicht zur Disposition gestellt werden.

Die Genehmigungen zur Braunkohlegewinnung enden planmäßig um das Jahr 2050. Die Braunkohlenverstromung und die damit verbundenen Emissionen werden also ohne weitere politische Eingriffe bis zur Jahrhundertmitte gegen

Null streben. Damit sind die Revierpläne vollständig kompatibel mit den europäischen Klimazielen, den internationalen Verpflichtungen Deutschlands und dem Pariser Klimaschutzabkommen.

Wirksamer Klimaschutz durch Anpassung und ETS

Die größten Beiträge zur Minderung der CO₂-Emissionen in Deutschland wurden bisher in den Braunkohlenregionen erbracht. Zu den Emissionsminderungen beigetragen haben der Strukturwandel in Ostdeutschland im Zuge der 1990er Jahre sowie zahlreiche Kraftwerksneubauten und Retrofitmaßnahmen an Bestandsanlagen in allen Braunkohlenrevieren. Kaum ein anderer Bereich der Volkswirtschaft hat seine CO₂-Emissionen so konsequent und umfangreich reduziert wie die deutsche Braunkohlenindustrie. Bis 2020 werden zusätzlich 12,5 Mio. t CO₂ durch die Sicherheitsbereitschaft sowie die Mittel- und Langfristplanungen der Unternehmen eingespart.

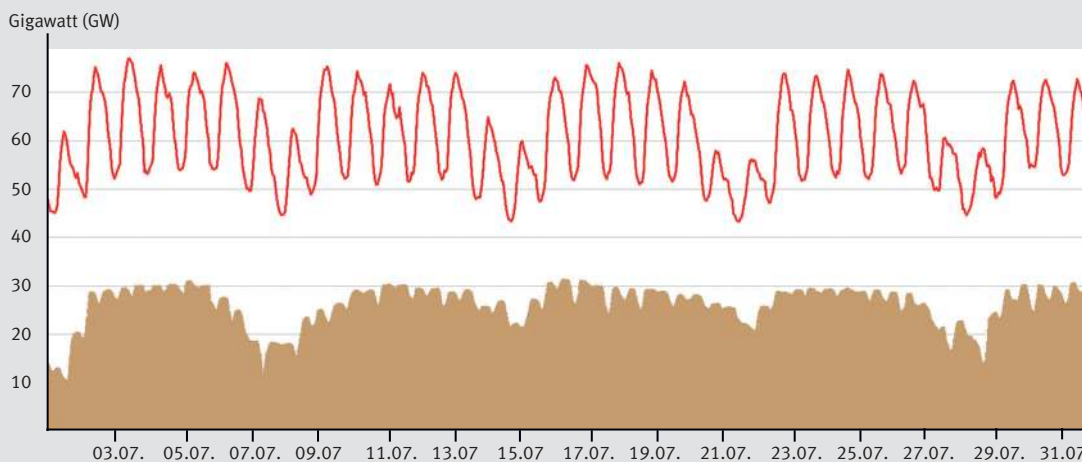
Die Entwicklung der deutschen Braunkohlenindustrie ist eingebettet in den EU-Emissionshandel. Die kontinuierliche weitere Verknappung der für die Kraftwerke kostenpflichtigen Emissionszertifikate führt zu einer Minderung der Emissionen um 87 Prozent bis 2050. Bei der Betrachtung und Bewertung der Emissionen aus deutschen Braunkohlenkraftwerken ist zu berücksichtigen, dass diese Anlagen nur für etwa 0,4 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Ein Ausstieg aus der Braunkohle in Deutschland würde die weltweiten CO₂-Emissionen letztlich nur um 0,1 bis 0,2 Prozent senken, weil andere Kraftwerke mit gesicherter Erzeugungsleistung Arbeit und Leistung der Braunkohlenanlagen übernehmen müssten.

2

Sichere Stromversorgung durch Kohlenkraftwerke

Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohlenkraftwerken im Juli 2018. Quelle: Agorameter

— Stromverbrauch/Lastentwicklung ● Stein- und Braunkohle



Strom aus Kohlenkraftwerken sorgte auch im zurückliegenden Rekordsommer für eine sichere Stromversorgung. In Zeiten eines hohen Stromverbrauchs deckte Strom aus Kohle bis zu 40 Prozent des gesamten Verbrauchs. Nachts oder bei Windstille deckten Stein- und Braunkohlenkraftwerke zur Sicherstellung der Versorgung sogar über 60 Prozent des Bedarfs. Auch bei weiter steigenden Beiträgen der erneuerbaren Energien sind gesicherte, witterungsunabhängige Erzeugungskapazitäten in der Stromversorgung unverzichtbar.

BRAUNKOHLENINDUSTRIE II

Fakten zu Planung und Entwicklung

Die Nutzung von Braunkohle in Kraftwerken läuft in Deutschland planmäßig bis zum Jahr 2050 aus. Es sind derzeit weder Neuaufschlüsse von Tagebauen vorgesehen, noch neue Braunkohlenkraftwerke geplant.

Für alle drei Braunkohlenreviere – das rheinische Revier, das mitteldeutsche Revier und die Lausitz – haben die jeweiligen Bundesländer aufgrund der energie- und regionalpolitischen Bedeutung der Braunkohle Leitentscheidungen, langfristige Braunkohlenpläne und Rahmenbetriebspläne genehmigt. In den Genehmigungsverfahren werden alle Interessen abgewogen. Das Umweltrecht ist vollständig anwendbar und zu beachten. Erfahrungsgemäß sind Genehmigungszeiten für Leitentscheidungen von zwei Jahren, für Braunkohlenpläne von acht Jahren, für Rahmenbetriebspläne von vier Jahren sowie mehrere Jahre für weitere – etwa wasserrechtliche – Genehmigungen anzusetzen. Die Verfahren können nur sehr eingeschränkt parallel laufen. Die Entscheidungen sehen jeweils die langfristige Nutzung definierter Kohlevorräte vor. Wie bei allen Bergbauvorhaben sind hohe Investitionen bei einer relativ langen Kapitalrücklaufzeit erforderlich. Daher

besteht ein entsprechender Vertrauensschutz zugunsten der Braunkohlenunternehmen.

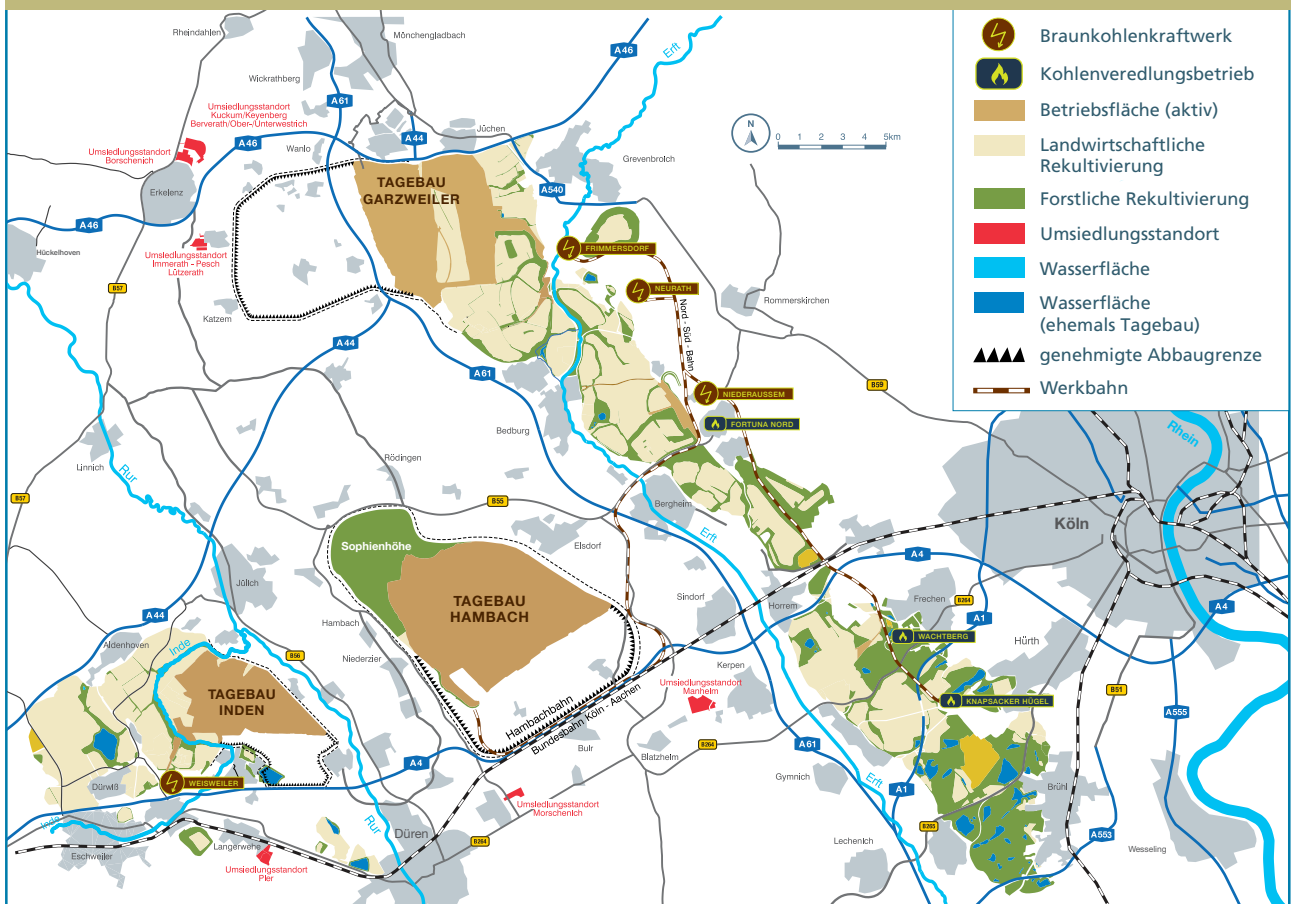
Die Unternehmen des deutschen Braunkohlenbergbaus sind weltweit führend bei den Gewinnungstechnologien, bei der Wiedernutzbarmachung, beim Umweltschutz und beim Schutz der Anliegen Betroffener. Die Braunkohlenindustrie in Deutschland ist wettbewerbsfähig – was sich insbesondere durch die hervorragende Position im Strommarkt zeigt – und arbeitet ohne staatliche Subventionen.

Das rheinische Revier

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat im Juli 2016 eine Leitentscheidung zur Braunkohle im Rheinland und zum Tagebau Garzweiler II getroffen. Die neu gewählte Landesregierung hat diese Entscheidung bestätigt. Die Leitentscheidung bekräftigt die Tagebauplanungen für den Tagebau Inden wie genehmigt bis ca. 2030 und für Hambach bis zur Mitte des Jahrhunderts. Für den Tagebau Garzweiler wurde eine Verkleinerung beschlossen, so dass die Ortschaft Holzweiler nicht in Anspruch genommen wird und etwa

3 Tagebaue, Kraftwerke, Rekultivierungsflächen und Betriebseinrichtungen im rheinischen Braunkohlenrevier

Quelle: DEBRIV Braunkohle in Deutschland 2017



400 Mio. t Braunkohle nicht gewonnen werden können. Das zur Änderung dieser Planung erforderliche Braunkohlenplan-Änderungsverfahren ist eingeleitet.

Der derzeit verfügbare Lagerstättenvorrat aller drei Tagebaue im rheinischen Revier beträgt unter Berücksichtigung der Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II noch 2,3 bis 2,4 Mrd. t Rohbraunkohle. Die jährliche Förderung beträgt rund 90 bis 95 Mio. t, davon entfielen 2017 rund 33 Mio. t auf Garzweiler, 39 Mio. t auf Hambach und rund 20 Mio. t auf den Tagebau Inden. Rund 89 Prozent der Förderung wurden den Kraftwerken für die Erzeugung von Strom und Fernwärme zur Verfügung gestellt.

Zwischen 2017 und 2019 gehen sukzessive mit fünf 300-MW-Kraftwerksblöcken etwa 15 Prozent der installierten Gesamtleistung in eine befristete Sicherheitsbereitschaft und werden zwischen 2021 und 2023 endgültig stillgelegt. Die Kohlenförderung sinkt bis 2020 auf rund 80 Mio. t, wodurch sich der CO₂-Ausstoß aus der Nutzung der rheinischen Braunkohle um etwa 15 Prozent verringert.

Die Unternehmensplanung sieht die Auskohlung der genehmigten Tagebaue Garzweiler und Hambach bis zur Mitte des Jahrhunderts vor. Mit der Auskohlung des Tagebaus Inden Anfang der 2030er Jahre sollen die Braunkohlenkraftwerksblöcke des Kraftwerks Weisweiler endgültig abgeschaltet werden. Im rheinischen Revier werden sich die jährliche Braunkohlenfördermenge für die Stromerzeugung und die CO₂-Emissionen dann um rund 40 bis 50 Prozent senken.

Das Lausitzer Revier

Das Lausitzer Revierkonzept vom 30. März 2017 sieht einen Verzicht auf die Gewinnung von Braunkohle aus teilweise bereits genehmigten Anschlussfeldern in erheblichem Umfang vor.

Der Lagerstättenvorrat beträgt in vier Tagebauen noch 1,15 Mrd. t. Die Jahresförderung betrug 2017 rund 61 Mio. t Rohbraunkohle, davon wurden etwa 57 Mio. t an Kraftwerke geliefert.

Im Rahmen der Sicherheitsbereitschaft werden im Oktober 2018 und 2019 jeweils ein Block des Kraftwerkes Jänsch-

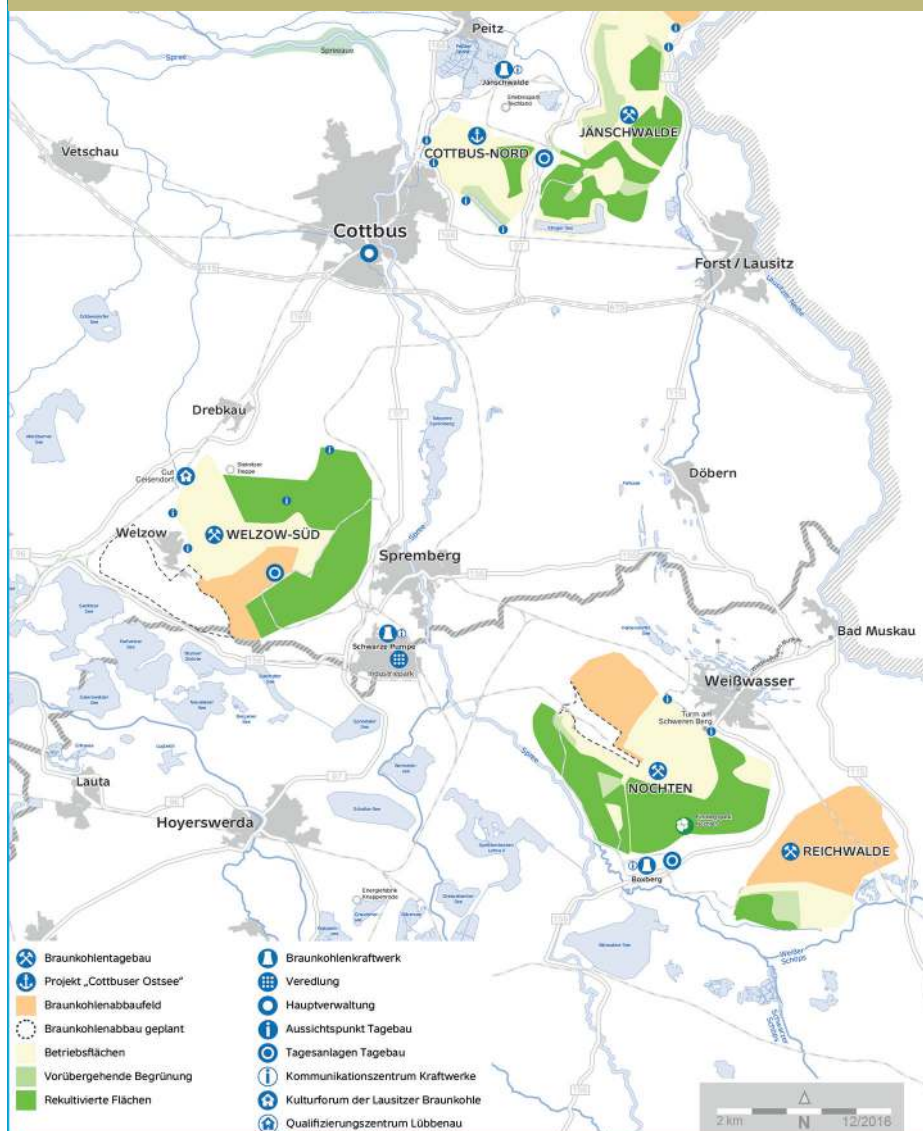
walde außer Betrieb gehen. Für die anderen 500-MW-Blöcke des Kraftwerks ist ein Betrieb bis mindestens Anfang der 2030er Jahre vorgesehen.

Das mitteldeutsche Revier

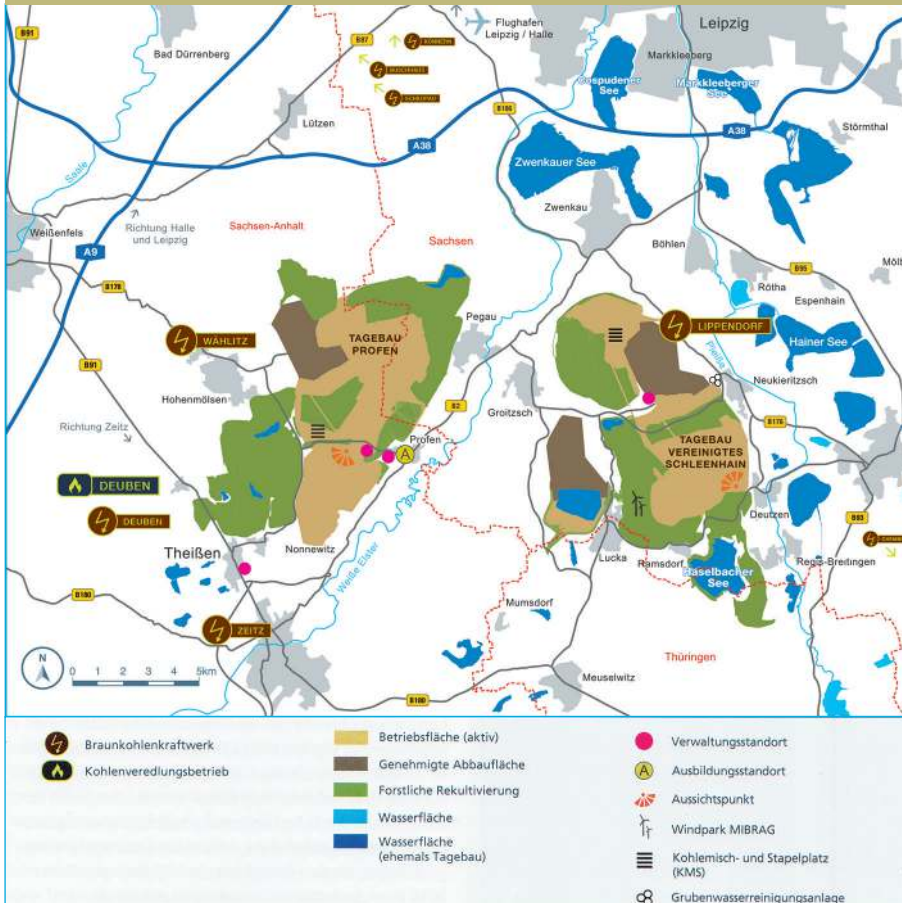
Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sind derzeit die Tagebaue Vereinigtes Schleenhain und Profen in Betrieb. Die genehmigten und erschlossenen Braunkohlenvorräte belaufen sich auf rund 350 Mio. t. Die Gesamtförderung beider Tagebaue betrug 2017 etwa 18,4 Mio. t, davon stammten aus dem Tagebau Vereinigtes Schleenhain rund 10 Mio. t und aus dem Tagebau Profen etwa 8 Mio. t. In beiden Tagebauen findet derzeit mit hohen Investitionssummen im Hinblick auf eine künftige stabile Kohlegewinnung bis Mitte der 2040er Jahre ein Wechsel in neue Abbaufelder innerhalb der Tagebaue statt.

4 Tagebaue, Kraftwerke, Rekultivierungsflächen und Betriebseinrichtungen im Lausitzer Braunkohlenrevier

Quelle: DEBRIV Braunkohle in Deutschland 2017



5 Tagebaue, Kraftwerke, Rekultivierungsflächen und Betriebseinrichtungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier Quelle: DEBRIV Braunkohle in Deutschland 2017



Neben der Versorgung der Großkraftwerke Lippendorf in Sachsen und Schkopau in Sachsen-Anhalt sind weitere Hauptabnehmer der mitteldeutschen Braunkohle die Südzucker AG Zeitz, die Stadtwerke Dessau und die Stadtwerke Chemnitz. Braunkohlenstaub wird zudem von der Zementindustrie weiterverarbeitet. Die MIBRAG versorgt mit ihren beiden eigenen Kraftwerken Wählitz und Deuben außerdem in der Region Haushalte sowie Industrie- und Handwerksbetriebe mit Fernwärme, Heißwasser und Dampf.

Die Kohle der Oberröblinger Braunkohlenmulde, die die ROMONTA bei Amsdorf westlich von Halle/Saale gewinnt, zeichnet sich durch einen hohen Bitumengehalt aus. Sie ist damit Ausgangsstoff für die Gewinnung von Rohmontanwachs und veredelten Montanwachsprodukten. Die Jahresförderung im Tagebau Amsdorf beträgt etwa 500.000 t. Die genehmigten und erschlossenen Braunkohlevorräte der ROMONTA haben eine Reichweite bis Mitte der 2030er Jahre.

STUDIE

Gefährliche Fehleinschätzung der Beschäftigung

Der DEBRIV hat vehement Behauptungen des Öko-Instituts zur künftigen Entwicklung der Beschäftigungssituation in der deutschen Braunkohlenindustrie widersprochen. Die im Auftrag des Umweltbundesamtes entstandene Studie postuliert, dass infolge verstärkter Klimaschutzanstrengungen bis 2030 nur noch etwa 8.000 direkt Beschäftigte in der Branche beschäftigt sein werden und der Abbau von Arbeitsplätzen „weitgehend entlang der natürlichen Altersgrenzen“ erfolgen werde.

Die Analyse, so der DEBRIV, legt unter anderem falsche Annahmen zur Personalentwicklung in den Unternehmen zu Grunde. Vor allem aber verkennen die Autoren die Tragweite der industriepolitischen und volkswirtschaftlichen Dimension eines vorzeitigen Kohlenausstiegs, indem sie ihre Betrachtung auf die direkt Beschäftigten in der Braunkohlenindustrie verengen. In der Studie wird zudem der Eindruck vermittelt, die Beschäftigten in der Braunkohlenindustrie wären deutlich älter als in anderen Branchen. Die Altersverteilung ist dagegen vergleichbar mit anderen Schlüssel-

branchen der Industrie, zum Beispiel der Automobilbranche. Eine umfassende Untersuchung hätte ergeben, dass die Stilllegung von Kohlenkapazitäten zur Erreichung des CO₂-Sektorziels 2030 von minus 55 Prozent die Strompreise in Deutschland vermutlich um knapp 10 Euro je Megawattstunde (Euro/MWh), also um rund 25 Prozent, ansteigen lassen würde. Das gefährdet eine große Anzahl von Arbeitsplätzen insbesondere in der energieintensiven Industrie sowie in Zuliefer- und Servicebetrieben.

Die Studie geht davon aus, dass künftig in der deutschen Braunkohlenindustrie keine Neueinstellungen mehr stattfinden. Übergangen wird, dass zum Erhalt von Know-how eine kontinuierliche Ausbildung und ein Wissenstransfer an jüngere Beschäftigte unerlässlich ist. Die Unternehmen haben dazu eigens Nachwuchssicherungskonzepte aufgestellt. Die Ausbildungsquote der Braunkohlenindustrie liegt im Schnitt bei 6,3 Prozent. Im Dezember 2017 lag die Zahl der Auszubildenden in den Unternehmen bei 1.318. Ein Verzicht auf Neueinstellungen hätte für die Regionen unmittelbar gravierende

Folgen: Hunderte Ausbildungsplätze für qualifizierte Berufe fielen weg. Ein abrupter Abbau von Ausbildungskapazitäten würde den Strukturwandel erheblich erschweren.

Darüberhinaus müssen Stellen nach der Verrentung von Beschäftigten zwingend neu besetzt werden, um den Betrieb im Tagebau und in den Kraftwerken oder Veredlungs-

betrieben aufrecht zu erhalten. Es ist zudem vollkommen unrealistisch, dass Mitarbeiter künftig übergangsweise in der Rekultivierung beschäftigt werden. Die Rekultivierung verläuft parallel zum Abbau und benötigt daher künftig kein zusätzliches Personal.

IHK-UNTERSUCHUNG

Energie ist ein unverzichtbarer Wertschöpfungsfaktor

Im Zuge der Energiewende wird der Energieverbrauch zunehmend und grundsätzlich kritisch bewertet, bemängeln die Industrie- und Handelskammern des Rheinlands.

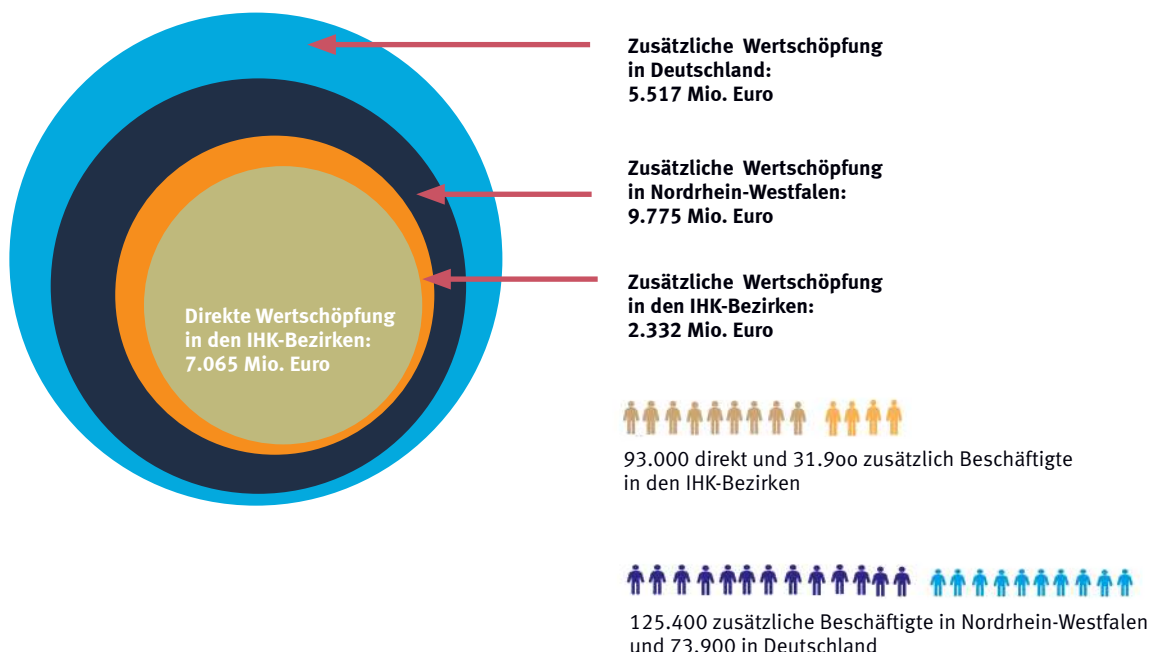
In einer gemeinsamen Untersuchung für die Kammerbezirke Aachen, Köln und Neuss haben die zuständigen IHKS jetzt die Bedeutung der Energieversorgung für die industrielle Wertschöpfung ermittelt. In den IHK-Bezirken Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein, so die Untersuchung, sind überdurchschnittlich viele Wirtschaftszweige von einer sicheren und besonders leistungsfähigen Energieversorgung abhängig. Historisch begünstigt durch das rheinische Braunkohlenrevier, haben sich in der Region eine Reihe von Industriezweigen angesiedelt und zum Teil über Jahrzehnte entwickelt, für die Energie ein unverzichtbarer Wertschöpfungsfaktor ist. Allein in den sogenannten energieintensiven Industriezweigen (Chemie, Metalle, Glas, Nahrungs- und Futtermittel sowie Papier, Keramik und Stahl) werden in den drei Kammerbezirken Umsätze in Höhe von 32 Milliarden

Euro (Mrd. Euro) pro Jahr erwirtschaftet. Der Wertschöpfungsbeitrag der Branchen liegt bei mehr als 7 Mrd. Euro und hat damit einen Anteil von 29 Prozent an der Wertschöpfung des gesamten verarbeitenden Gewerbes in der untersuchten Region. In NRW gesamt liegt dieser Anteil bei 21 Prozent, bundesweit bei 15 Prozent. Energie ist damit ein zentraler Wohlstandsfaktor am linken Niederrhein.

Der Stromverbrauch der energieintensiven Betriebe in der Untersuchungsregion liegt derzeit bei über 15.000 Gigawattstunden (GWh). Damit kommt auf jeden der insgesamt 90.000 in der regionalen energieintensiven Industrie Beschäftigten ein Stromverbrauch in Höhe von knapp 83 Megawattstunden (MWh), in Gesamt-NRW liegt der Wert bei etwa 54 MWh und bundesweit bei rund 36 MWh. Diese Zahlen, so die IHKS, verdeutlichen die Bedeutung der energieintensiven Branchen in der Region, aber auch die Notwendigkeit, die historisch gewachsene, sichere und wirtschaftliche Strom- und Energieversorgung zu erhalten.

6 Überregionale Multiplikatorwirkungen der energieintensiven Industrien in den drei IHK-Bezirken Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein.

Quelle: Kurzstudie des Wertschöpfungsfaktors Energie 2018



DEBRIV fordert Planungssicherheit für Unternehmen

Der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV), Dr. Helmar Rendez, hat die Bundesregierung aufgefordert, baldmöglichst eine angemessene Umsetzung der 2017 von der EU verabschiedeten Emissionsbandbreiten für bestehende Braunkohlenkraftwerke vorzulegen, um Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen zu schaffen.

Die neuen europäischen Emissionsbandbreiten waren im August 2017 im EU-Amtsblatt veröffentlicht worden und hätten nach den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) binnen eines Jahres in nationales Recht umgesetzt werden müssen. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag (Drucksache 19/4132) hat die Bundesregierung die Vorlage einer entsprechenden Regelung jetzt „etwa im Frühjahr 2019“ angekündigt.

Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende wies in seinem Schreiben an die Bundesregierung darauf hin, dass die neuen EU-An-

forderungen bereits ab August 2021 von den Anlagenbetreibern einzuhalten sind. „Die nach dem Verordnungsgebungsverfahren verbleibende Zeit für gegebenenfalls notwendige Anpassungen unserer Anlagen wird dabei aber immer knapper,“ erklärte Rendez.

Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende geht davon aus, dass sich die Bundesregierung bei den Stickoxidemissionen für Braunkohlenkraftwerke mit einer thermischen Leistung über 300 Megawatt (MW) am obersten Ende der Bandbreite, also bei 175 Milligramm je Normkubikmeter Rauchgas (mg/Nm³) orientieren wird und zugleich eine abstrakt-generelle Ausnahmeregelung mit einem Höchstwert von 190 mg/Nm³ für diejenigen Anlagen schafft, für die der neue Wert aus technischen Gründen unverhältnismäßig ist. Auch für die neuen Quecksilber-Grenzwerte sollte der oberste Bandbreitenrand gelten und zusätzlich eine Ausnahmeregelung geschaffen werden, da die festgelegten Werte auch nach Auffassung der Bundesregierung von der EU fehlerhaft abgeleitet wurden.

ZUKUNFT

Nutzung der Braunkohle mit Augenmaß

Ein kurzfristiger Ausstieg aus der Braunkohle ist mit großen technischen Herausforderungen für die Energie- und Klimapolitik verbunden, aber auch mit neu zu bewertenden Importabhängigkeiten der Volkswirtschaft, meint der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Guido van den Berg. Lange habe es einen weitgehenden Konsens gegeben, dass aus Gründen der Versorgungssicherheit Deutschland nicht gleichzeitig aus der Kernenergie und aus der Kohle aussteigen könne. Das erkennbare Nichterreichen der nationalen Klimaziele führe jetzt zur Forderung nach einem schnellen Kohlenausstieg. Dabei werde übersehen, dass das Klimaziel aus dem Jahre 2009 stammt, also vor dem forcieren Kernenergieausstieg verabschiedet worden ist. Von den Kohlenkritikern und Befürwortern eines schnellen Kohlenausstiegs werde ferner das stärkere Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung und der daraus resultierende Anstieg des Energieverbrauchs verschwiegen. Van den Berg erinnert daran, dass die CO₂-Emissionen der Stromerzeugung zwischen 1990 und 2016 um 26 Prozent vermindert wurden. „Die Braunkohle hat dabei einen überdurchschnittlichen Beitrag geleistet,“ erklärte der Landtagsabgeordnete. Kein anderer Sektor habe absolut mehr zur CO₂-Minderung beigetragen als die Braunkohle, betonte van den Berg. Deutschland verantworte heute rund 2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Wenn das Land komplett aus der Braunkohle ausstiege, würden die Emissionen um höchstens 0,3 Prozent sinken, sofern nicht andere Energien einen Teil der Reduzierung wieder ausgleichen würden.

Wird auf den Einsatz der Braunkohle in der Stromerzeugung verzichtet, so der Abgeordnete weiter, kann diese Lücke nur

durch den verstärkten Einsatz von Erdgas kompensiert werden, was eine Erhöhung der Strompreise um 15 bis 20 Euro je Megawattstunde zur Folge hätte. Für die energieintensive Industrie bedeute dies eine Erhöhung des Strompreinsniveaus um mehr als 50 Prozent. In diesem Fall rechnet van den Berg mit dem Brechen vieler Wertschöpfungsketten in der energieintensiven Industrie und massiven Arbeitsplatzverlusten.

Mit der Sicherheitsbereitschaft leiste die Braunkohlenindustrie weitere Beiträge zu Senkung des CO₂-Ausstoßes in Deutschland. Jetzt müsse wieder stärker die Versorgungssicherheit und die sinnvolle Nutzung heimischer Ressourcen in den Blick genommen werden. Eine Experten-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags habe der Chemie empfohlen, verstärkt die stoffliche Nutzung der Braunkohle zu prüfen. Dazu wurde unter anderem 2017 an der Ruhr-Universität Bochum eine Stiftungsprofessur „Carbon Sources and Conversion“ eingerichtet. Außerdem haben sich fünf Fraunhofer-Institute zur Initiative „Kohlenstoffketten für den Strukturwandel Braunkohle - IK2“ zusammengeschlossen, um in den kommenden zehn Jahren angewandte Forschungen zu Prozessketten im industriellen Maßstab aufzubauen. Es sei Zeit zu erkennen, so van den Berg mit Blick auf die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, welche Bedeutung die Braunkohle für die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie habe. Ein weiteres Zurückgehen der Kohle im Energiemarkt müsse mit Augenmaß geschehen und es sei an der Zeit, den wichtigsten heimischen Energierohstoff wieder umfassend zu betrachten.